

Für ein freies und sozial gerechtes Nicaragua. Erklärung aus der deutschen Solidaritätsbewegung, September 2018.

In Nicaragua revoltieren seit April 2018 große Teile der Bevölkerung gegen die Regierung des Präsidenten Daniel Ortega. Er und seine Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch Vizepräsidentin ist, beantworten die Revolte mit brutaler Gewalt, die kaum jemand für möglich gehalten hat. Der Staat mordet, inhaftiert, verfolgt.

Geplante soziale Einschnitte bei der Rentenversicherung waren der letzte Anlass für die Revolte. Student*innen ergriffen die Initiative, Bäuer*innen, kleine Gewerbetreibende, die Frauenbewegung und Bewohner*innen städtischer Armenviertel schlossen sich an. Die Protestbewegung ist breit und vielfältig. Auch die Unternehmerverbände stellten sich auf die Seite der Opposition, die katholische Kirche versucht zwischen Protestbewegung und Regierung zu vermitteln.

Es ist wie ein Alptraum aus vergangener Zeit: Die Polizei wird als bewaffneter Stoßtrupp gegen die Bevölkerung eingesetzt. Paramilitärs, Heckenschützen und gekaufte Schläger führen „Säuberungen“ im Staatsauftrag durch. Gezielte Kopfschüsse, Verhaftungen und Verfolgung. Verwundeten wird die Notversorgung in Krankenhäusern verweigert, Maskierte durchkämmen Viertel und Häuser. Mehrere hundert meist junge Menschen wurden getötet, tausende verletzt, viele wurden entführt, gefoltert und bleiben verschwunden. Zehntausende werden ins Exil getrieben. Die Regierung verteufelt die Protestierenden als Terroristen und kriminalisiert sie mit einem eigens beschlossenen Antiterrorgesetz. Nicaraguanische und internationale Menschenrechtsorganisationen klagen die Regierung schwerster Menschenrechtsverletzungen an. Durch die Auswirkungen der aktuellen politischen Situation auf die wirtschaftliche Aktivität sind zudem viele Menschen in existentielle Not geraten.

In Nicaragua wurde 1979 der Diktator Somoza durch einen Volksaufstand vertrieben. Es begann das Experiment einer sozialen Revolution, die weltweit viele Menschen bewegte und praktische Solidarität auslöste. Die historische Errungenschaft der sandinistischen Bewegung und Regierung, mit der traditionellen Rolle der staatlichen Repressionsapparate gebrochen zu haben, war einzigartig in Lateinamerika. Armee und Polizei sollten kein Instrument der herrschenden Clique zur Sicherung ihrer Pfründe mehr sein und nie wieder die Bevölkerung unterdrücken. Nicaragua galt weltweit sehr vielen Menschen als gelungenes Beispiel dafür, dass der breit getragene Kampf für eine Befreiung aus staatlicher Gewaltherrschaft möglich ist. Mord im Staatsauftrag, Folter und Paramilitärs waren Vergangenheit. Im Vordergrund stand der Versuch, die extreme soziale Ungleichheit zu überwinden und einen Entwicklungsweg mit der armen Mehrheit der Bevölkerung zu suchen. Die USA versuchten, durch Wirtschaftsblockade und Contra-Krieg das Gelingen zu verhindern.

Unter Ortegas Führung greift die Staatsgewalt heute auf genau die Mittel und Muster zurück, die überwunden zu sein schienen. Auf den Trümmern der neoliberalen Regierungen der 1990 und 2000er Jahre ist nach der manipulierten Wiederwahl Ortegas in den vergangenen elf Jahren eine dynastische Familienherrschaft entstanden.

Mit sozialen Wohltaten wurde das Wohlverhalten eines Teils der Bevölkerung erkaufte, antiimperialistische Sprüche wurden im Munde geführt, während zeitgleich Frauenrechte massiv beschnitten wurden, mit der Kirche und dem in- und ausländischen Großkapital paktiert und die neoliberale, umweltzerstörende und Armut zementierende Wirtschaftspolitik fortgeführt wurde. Dagegen gab es immer wieder Proteste.

Dennoch gab es bisher im Land weder eine Opposition von rechts noch von links, die größeren Rückhalt in der Bevölkerung hatte. Die jetzige Revolte wird massiv und breit getragen. Sie wendet sich vor allen Dingen gegen die Usurpation der Macht durch die Ortega-Familie. Niemand weiß, ob und wie sie sich politisch ausrichten wird, und schon gar nicht, ob dies mit einem progressiven Programm erfolgen wird.

Nach vielen Jahren der Solidarität mit dem sandinistischen Nicaragua stellen wir heute fest: Das politische System ist unter der Regierung Ortega zu einem Gewaltssystem pervertiert, das Menschenrechte systematisch verletzt und Andersdenkende mit Gewalt verfolgt.

Uns ist bewusst, dass nicht zuletzt aus den USA entsprechend ihrer Interessen versucht wird, die Protestbewegung zu beeinflussen. Doch das ist kein Grund, nicht solidarisch zu sein. Im Gegenteil, mit unserer Solidarität tragen wir dazu bei, die Autonomie der Protestbewegung zu gewährleisten.

Viele von uns sind seit vielen Jahren und Jahrzehnten auf vielfältige Weise in der Nicaragua-Solidarität tätig. Unser Engagement galt einem sandinistischen Nicaragua, das sich soziale Gerechtigkeit und Freiheit auf die Fahnen geschrieben hatte. Auch nach der Abwahl der sandinistischen Regierung haben wir unsere Arbeit an der Seite der sozialen Bewegungen im Land fortgesetzt.

Aus dem gleichen Grund, warum wir in den 1980er Jahren solidarisch mit der Sandinistischen Revolution waren, bestehen wir heute auf einem sofortigen Ende der Gewalt durch das Regime. Ortega, Murillo und ihre Machtstrukturen haben jegliche Legitimation verspielt und es gibt keine menschenwürdige Zukunft mit ihnen. Die Schuldigen für die Verbrechen an der Bevölkerung müssen dingfest gemacht und von unabhängigen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden. Die politischen Gefangenen müssen sofort freigelassen, die Kriminalisierung und politische Verfolgung sofort beendet werden.

Wir werden weiterhin alle Kräfte in Nicaragua unterstützen, die sich für ein freies demokratisches Nicaragua einsetzen, in dem ein Leben in Würde und Selbstbestimmung möglich ist und soziale Gerechtigkeit endlich verwirklicht werden kann.

“¡¡¡ NICARAGUA LIBRE Y VIVIR !!!”

Frankfurt am Main, im September 2018

Unterzeichnende Organisationen und Einzelpersonen:

Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin

Christliche Initiative Romero

campana cafe mexico

Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega e.V. Solingen

Gruppe für das Leben, den Frieden und die Demokratie in Nicaragua

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

Informationsbüro Nicaragua Wuppertal

INKOTA-netzwerk e.V.

medico international

NicaNetz Freiwilligen Netzwerk Nicaragua e.V.

Nicaragua-Solidarität Berlin

Nicaraguaverein Göttingen

Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e.V.

SOSNicaragua – Bielefeld

SOSNicaragua – Frankfurt

Städtefreundschaft Frankfurt – Granada

Städtepartnerschaftsverein Erlangen – San Carlos

Städtepartnerschaftsverein Freiburg – Wiwilí e.V.

Städtepartnerschaftsverein Nürnberg – San Carlos

Städtepartnerschaftsverein Wuppertal – Matagalpa e.V.

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.

Verein Sandino-Partnerschaft Darmstadt e.V.

Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen mit San Juan del Sur und Region in Nicaragua e.V.

Edith Otero Quezada

Erika Harzer

Gerd Wolf

Giobla Huss

Dr. Gottfried Huss

Dr. hc. Hermann Schulz

Jan Braunholz, Café Cortadora

Kalle Staymann

Rosibel Kreimann

Sissi Karnehm-Wolf

Thomas Gebauer

Ursula Sieg

Dr. Volker Wunderich

Veröffentlicht am 17. September 2018

<https://www.medico.de/gegen-die-unterdrueckung-und-kriminalisierung-der-protestbewegung-17176/>